



CSU Fraktion im Bezirksausschuss 9  
Neuhausen-Nymphenburg

## **Antrag:**

### **Vorstellung der Wärmeplanung für Neuhausen-Nymphenburg (Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes GEG)**

## **Beschluss:**

Der Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg möge beschließen:

Wie im „Spiegel“ vom 17.06.2023 zu lesen ist (**Anlage**), arbeiten die Stadtwerke München (SWM) bereits an einem städtischen Wärmeplan, um klimafreundliches Heizen in München zu ermöglichen.

Im Herbst soll hierzu eine Datenbank in Betrieb gehen, die für jedes Gebäude anzeigt, welche Wärmeversorgung möglich bzw. günstig ist.

Die SWM werden gebeten dem Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg diese Datenbank vorab vorzustellen und zu erläutern, wo im Viertel welche Heizarten (Fernwärme, Nahwärme, Geothermie etc.) vorgesehen sind und erläutern den Stand der Planungen zu deren Umsetzung. (z. B. zeitlicher Rahmen).

## **Begründung:**

Die Bundesregierung plant mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG), dass ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung mit mindestens 65 Prozent Erneuerbarer Energie betrieben werden soll. Gleichzeitig sollen Städte und Gemeinden bis spätestens 2028 eine kommunale Wärmeplanung beschließen, bei der es u.a. um die Versorgung mit Fernwärme, Geothermie und anderen klimaschonenden Maßnahmen geht. Die Stadt München ist hier, wie dem Spiegel-Artikel zu entnehmen ist, auf einem guten Weg.

Neuhausen-Nymphenburg ist in Sachen Wohnungen und Häuser ein sehr heterogenes Viertel mit einerseits großen Mietwohnungen im Zentrum und andererseits freistehenden Häusern, wie z. B. in Gern. Somit wird es zukünftig jeweils unterschiedliche Maßnahmen zum klimafreundlichen Heizen geben müssen. Viele Hausbesitzer, die derzeit noch Gas- oder Ölheizungen nutzen, machen sich bereits jetzt Gedanken welche Art von Heizung oder Heizen die klimafreundlichste und für sie und ihre Mieter sparsamste Variante in Zukunft sein wird. Die Wärmeplanung für München wird hierbei die Grundlage für eine fundierte und nachhaltige Entscheidung sein.

**Initiative: Wolfgang Schwirz - Sabine Nasko - Simon Herzog**

*CSU Fraktion  
im BA 9*

*Fraktionssprecherin*

*Guđrun Piesczek*

*Stellvertr. Sprecher*

*Steffen Rekitke*

*Mitglieder*

*Simon Herzog*

*Laurenz Kiefer*

*Nima Lirawi*

*Sabine Nasko*

*Susanne Rugeł*

*Wolfgang Schwirz*

*Antonia Waldner*

München, 27.06.2023

Für die CSU-Fraktion  
Gudrun Piesczek

Anlage

# Gnadenfrist mit Tücken

**ENERGIE** Nach ewigem Streit über das Heizungsgesetz nimmt die Regierung Kommunen in die Verantwortung: Sie sollen bis 2028 Wärmepläne aufstellen, spätestens dann gilt für Hauseigentümer die Pflicht zum klimafreundlichen Heizen. Das könnte Verbraucher am Ende viel kosten.

**E**s ist noch früh am Donnerstagmorgen, als sich Dutzende Parlamentarier in einem Restaurant unweit des Bundestages zum Frühstück versammeln. Sie sind gekommen, um bei Kaffee und Brötchen einem Vortrag von Florian Bieberbach zu lauschen. **Der Chef der Stadtwerke München hat das, was die Politik derzeit dringend braucht: ein Konzept, wie klimafreundliches Heizen in einer Metropole organisiert werden kann.**

Der Manager führt ihnen eine Datenbank vor, **die schon im Herbst allen Münchnern zur Verfügung stehen soll.** »Wir können für jedes Gebäude sagen, welche Wärmeversorgung die günstigste ist«, sagt er. Ein paar Klicks und schon kann jede Bürgerin auf ihrem Bildschirm sehen, ob sie beispielsweise auf Holzpellets oder Fernwärme setzen sollte.

Vor zehn Jahren haben Bieberbach und seine Leute damit begonnen, was jetzt ganz schnell gehen soll: einen kommunalen Wärmeplan zu erstellen. Das Fernwärmenetz soll ausgebaut werden. Nahwärmenetze könnten etwa Wärme aus der Tiefe nutzen, um Wärmepumpen zu betreiben. »Quartier für Quartier arbeiten wir die ganze Stadt ab«, verspricht Bieberbach.

Bisher interessierten sich allenfalls Energiefachleute dafür, wie man in München oder

anderswo die Wärmewende organisiert. Doch der vergangene Dienstag hat Deutschlands Kommunen und Stadtwerke in den Fokus der Bundespolitik katapultiert. Sie sind es, die nach dem Willen der Koalition bald für möglichst klimafreundliches Heizen sorgen sollen.

Nach monatelangem Streit verkündeten die Ampelfraktionen ihren Kompromiss beim Heizungsgesetz. Nicht mehr die Eigentümer von Wohnungen und Häusern sind die Hauptakteure der Wärmewende, so wie es der bisherige umstrittene Entwurf vorsah. Stattdessen geht die Verantwortung vor allem auf die Städte und Gemeinden über: Sie müssen zunächst ein Konstrukt mit dem umständlichen Namen »Kommunale Wärmeplanung« vorlegen. Darin wird für jede Straße und jedes Haus festgeschrieben, welche Wärmeversorgung dort angeboten wird. Bis spätestens 2028 müssen sie entscheiden, ob sie Fernwärmerohre verlegen oder die Abwärme von Industriebetrieben erschließen wollen. Gelingt das, könnten Tausende Menschen auf einen Schlag mit nachhaltiger Wärme versorgt werden. Gelingt es nicht, sind Eigentümer verpflichtet, auf ein erneuerbares System wie eine Wärmepumpe umzustellen, wenn ihre alte Heizung den Geist aufgibt.

Ursprünglich hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) geplant, das Vorhaben genau andersherum anzugehen: Bis auf wenige Ausnahmen wollte er ab 1. Januar 2024 den Einbau von Gas- und Ölheizungen verbieten. Der Widerstand war groß. Und es schien fraglich, ob der Wärmepumpen-Boom überhaupt anhalten kann, wenn es im ganzen Land an Geräten, Installateuren, Energieberatern fehlt.

Nun scheint das Chaos abgewendet. Eigentümer haben bis zu fünf Jahre Zeit, über einen Heizungsaustausch nachzudenken. Die meisten Experten und Verbände halten den Kompromiss für sinnvoll. »Hätten wir uns nicht geeinigt, wäre der nötige Klimaschutz im Gebäudesektor in ungewisse Ferne gerückt«, sagt Elisabeth Kaiser (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesbauministerium.

Allerdings ist fraglich, ob die Kommunen bis 2028 liefern können. In den meisten deutschen Städten ist bislang wenig passiert, auch die letzte Regierung unter Angela Merkel (CDU) ließ das Thema schleifen. Werden sich Deutschlands Klimaziele mit dem neuen Plan erreichen lassen?

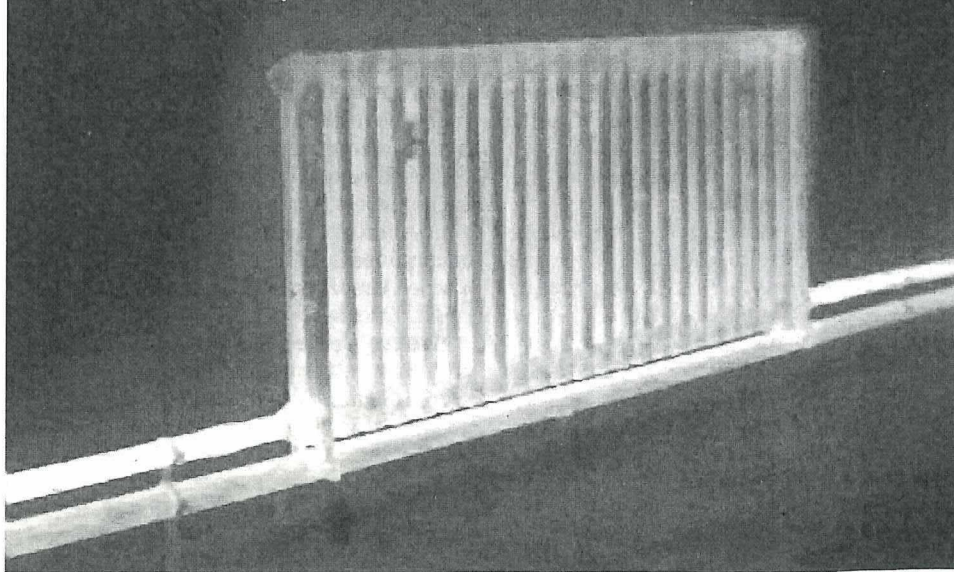
Das Problem beginnt schon damit, dass zu den kommunalen Plänen vor allem Fernwärmenetze gehören sollen, diese bislang aber noch weit entfernt davon sind, klimaneutral zu sein. 20 Prozent aller Fernwärme bundesweit stammte zuletzt aus Kohlemeilern, weitere 43 Prozent aus Gaskraftwerken. Nur knapp 19 Prozent der Fernwärme wurde klimaneutral erzeugt. Dabei gibt es Technologien, um saubere Fernwärme herzustellen: von der Klärschlammverwertung über Großwärmepumpen bis hin zu Biomasse-Kraftwerken und Geothermie.

Doch Organisationen wie der einflussreiche Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben in den vergangenen Wochen gegen die geplanten Reformen gekämpft, vor allem gegen die Vorgabe, wonach Fernwärme vom Jahr 2030 an zu mindestens der Hälfte klimaneutral erzeugt werden sollte. Der VKU kritisierte das Zwischenziel als »unrealistisch« – wie es aussieht, mit Erfolg. Im neuen Einigungspapier der Ampel ist es gestrichen, stattdessen ist von einem schwammigen »Fahrplan« die Rede.

Bislang sind erst vier Bundesländer dabei, ihre Städte und Gemeinden dazu zu verpflichten, Pläne für die Zukunft des Heizens aufzustellen. In Baden-Württemberg müssen bereits alle großen Kreisstädte bis Ende dieses Jahres Wärmepläne vorlegen. Dies soll immerhin gut der Hälfte der Bevölkerung des Bundeslandes Orientierung geben.

Eine Kommune, in der die Wärmewende schon mit großen Schritten vorangeht, ist Kiel. Die Stadt an der Förde muss ihren Wärmeplan bis Dezember 2024 fertigstellen, zuvor will sie den Menschen mit einem Online-Ampelsystem Orientierung geben: »Grün bedeutet, dass wir in dem Quartier ein Wärmenetz planen«, erklärt Oberbürgermeister Ulf Kämpfer. Gelb signalisiere, man prüfe noch. Rot zeigt: Kümmert euch selbst.

Wärmebild eines Heizkörpers



Chris DeSilver / PantherMedia



Die Ausgangslage an der Ostsee ist gut: Schon heute heizt in vielen Kieler Stadtteilen die Hälfte aller Haushalte mit Fernwärme, die aus Gaskraftwerken und einer Müllverbrennungsanlage kommt. Kämpfer will die Fernwärme ausbauen und bis 2035 klimaneutral machen. Die 19 Motoren des gasbetriebenen Küstenkraftwerks sollen nach und nach für Wasserstoff gerüstet werden. Künftig wollen die Stadtwerke unter anderem die Wärme des Klärschlammes nutzen. Preislich werde die Fernwärme auch in Zukunft attraktiv für die angeschlossenen Haushalte sein, glaubt Kämpfer, der zugleich Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) ist. »Sie bietet Größenvorteile in der Erzeugung, die einzeln niemand hat: je mehr sich anschließen, desto günstiger für alle.«

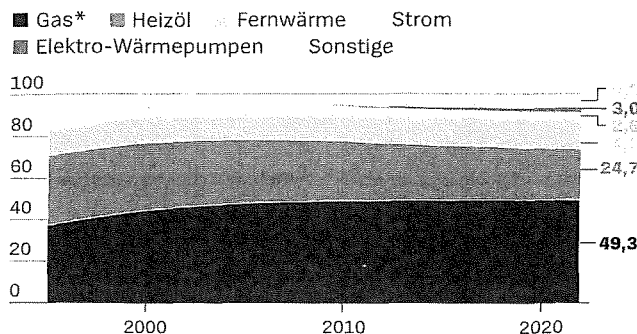
Der Um- und Ausbau der Fernwärme wird allein in Kiel Hunderte Millionen Euro kosten. Und für die Stadtwerke würde es sich kaum rechnen, nur einzelne Häuser anzuschließen. Sie brauchen Masse. »Der Ausbau der Fernwärme muss auch wirtschaftlich sein«, sagt Kämpfer. »Wir werden daher offen über einen Anschluss- und Benutzungszwang diskutieren müssen, wenn wir das Netz erweitern.«

Zu Überlegungen wie denen in Kiel will die Ampelkoalition nun alle Städte Deutschlands verdonnern. Ein weiterer Gesetzentwurf dazu sieht vor, dass Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern ihre Wärmepläne bis Ende 2026 vorlegen müssen, kleinere Städte ab 10.000 Einwohnern sollen zwei Jahre länger Zeit haben. Auch für Dörfer und Gemeinden soll die Wärmeplanung verpflichtend sein, allerdings ohne klare zeitliche Vorgaben. Sie sollen von größeren Gemeinden unterstützt werden.

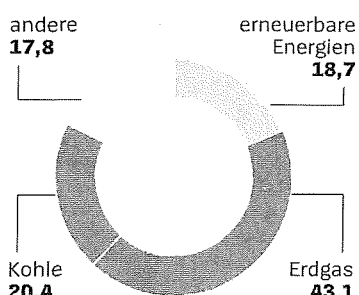
Vor allem die Gemeinden dürften sich schwertun mit der Wärmewende. In vielen kleinen Dörfern auf dem Land schienen großflächige Wärmenetze kaum möglich zu sein, auch SPD-Politikerin Kaiser macht sich da keine falschen Hoffnungen. Dort könnte aber Biomasse aus der Landwirtschaft oder Biogas eingesetzt werden. Erst wenn das nicht gelänge, müssten Hausbesitzer Alternativen wie eine Wärmepumpe einbauen. Nicht ausgeschlossen, dass sie dann auch ihre Immobilie sanieren müssen. Und das kann teuer werden. »Es ist nun Aufgabe des Bundestages, Förderungen und Ausnahmeregelungen genau auszugestalten, damit die Bürgerinnen und Bürger schnell wissen, wie es beim Heizen weitergeht«, sagt Kaiser. Nur sind viele Details noch unklar.

## Land der Verbrenner

Energieträger, mit denen der Wohnbestand in Deutschland beheizt wird, Anteil in Prozent



Energieträger von Fernwärme\*\* in Deutschland 2022, Anteil in Prozent



Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung

■ besteht ■ geplant



Stand: Juni 2023

\* einschließlich Bioerdmethan und Flüssiggas  
 \*\* Nettowärmeerzeugung der Fernwärme- und Kälteversorger sowie Einspeisungen von Industrie und Sonstigen  
 S-Quellen: BDEW, Destatis, Energy.net; Werte für 2022 vorläufig

Energieexperte Benjamin Pfluger von der Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen fürchtet jetzt, dass einige Kommunen ihre Wärmepläne so weit hinauszögern werden wie nur möglich. »Weil Wärmepläne meist das Ende von Gasheizungen bedeuten, könnten Kommunen sich schwer damit tun, dies Wählerinnen zu kommunizieren«, sagt er.

Und so könnte es sogar passieren, dass sich viele Menschen bis 2028 eine neue Gastherme anschaffen – ein Klimahorror. Die Vorlage dafür lieferte die Ampel: Laut ihrem Kompromiss dürfen Gasthermen, die theoretisch auch mit Wasserstoff betrieben werden könnten, noch eingebaut werden, solange keine Wärmeplanung vorliegt.

Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbandes Neue Energiewirtschaft (BNE), warnt Verbraucher vor »einem finanziellen Desaster«. Gaspreise und -netzgelte werden in den nächsten Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit steigen – und höhere CO<sub>2</sub>-Preise werden fossile Energien zusätzlich verteuern. Fachpolitiker der Ampel verweisen darauf, dass Heizungskäufer sich künftig beraten lassen müssen. Energieberater könnten dann auf die Unwirt-

schaftlichkeit fossiler Systeme hinweisen.

Doch damit endet die Klarheit unter den Ampelkoalitionären. Viele Fragen sind auch nach der Einigung offen: Was passiert mit einer neu angeschafften Gastherme, wenn das Gasnetz vor Ort dann doch nicht auf Wasserstoff umgestellt werden kann? Muss sie wieder abgebaut werden? Und wenn nicht, wäre das ein riesiges Schlupfloch für all jene, die weiter mit Erdgas heizen wollen?

Im ohnehin schwammigen Einigungspapier der Ampel findet sich unter dem Punkt 1. c. ein nebulöser Satz: »Wird im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung kein CO<sub>2</sub>-neutrales Gasnetz geplant, ergeben sich angemessene Übergangsfristen zur Umstellung auf die neue Technologie.« Die Schwurbelei deutet auf Streit hin. Das gab auch Wirtschaftsminister Habeck unumwunden zu: »Wir haben uns noch nicht auf einen Korridor für Übergangsfristen einigen können«, sagte er und fügte sarkastisch hinzu: »Wir werden an dem Aushandlungsprozess noch viel Freude haben.«

Die Grünen hoffen, dass es nur noch um die Frage geht, wie lange die Übergangsfristen sind: Muss die Heizung nach einem Jahr rausgerissen werden und etwa durch eine Wärmepumpe ersetzt werden? Oder nach drei oder gar zehn Jahren?

Die Antwort ist, dass es keine gibt: Denn die FDP versteht die Passage vollkommen anders. Kommt das grüne Gasnetz nicht, dann passiert nach ihrem Willen erst mal: gar nichts. Von Übergangsfristen will man bei den Liberalen nichts wissen. Schlimmstenfalls zieht sich die Wärmewende dann bis 2045. Spätestens dann muss Deutschland sich von seinen konventionellen Erdgasnetzen verabschieden. Dabei müsste es viel schneller gehen, wenn man die Klimaziele noch erreichen will.

Und dann wäre da noch das Risiko, dass Immobilieneigentümer energetische Sanierungen jetzt einfach aussetzen, solange nicht klar ist, welche Heizung am konkreten Standort am besten geeignet ist.

Die Denkfabrik Agora Energiewende warnt bereits vor höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen. Angenommen, es würden pro Jahr nur rund halb so viele Wärmepumpen eingebaut wie ursprünglich geplant, entstünden insgesamt rund 15 Millionen Tonnen mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030. Keine guten Aussichten für das Klima.

Susanne Götze, Henning Jauernig, Benedikt Müller-Arnold, Gerald Trauffetter

**»Der Ausbau der Fernwärme muss auch wirtschaftlich sein.«**

Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister